

Fritz Steinhoff (1897–1969)

Vom Bergmann zum Ministerpräsidenten – Skizze einer politischen Biografie

von Sebastian Hösel

„Er war einer der Baumeister unseres Landes“¹ urteilte Heinz Kühn am Grab Fritz Steinhoffs. Doch obwohl er tatsächlich die Anfänge Nordrhein-Westfalens mitprägte, ist er von der Forschung weitgehend unbeachtet geblieben.² Dabei ist Steinhoffs Lebensweg überaus bemerkenswert. Nichts deutete zunächst auf eine steile politische Karriere hin. Aus dem westfälischen Bergarbeitermilieu stammend, nutzte er in der Weimarer Republik diverse Angebote zur Weiterbildung, die seinen späteren Aufstieg erst ermöglichten. Die Machtübernahme der NSDAP unterbrach die ersten Schritte in die Kommunalpolitik. Doch auch langjährige Haft und Folter konnten den Willen des überzeugten Sozialdemokraten nicht brechen. Innerhalb von nur elf Jahren wurde der KZ-Häftling nordrhein-westfälischer Ministerpräsident. Zudem organisierte er mit seinem pragmatischen, konsensorientierten Politikstil gleichzeitig zehn Jahre lang den Hagener Wiederaufbau als Oberbürgermeister. 1961 und 1965 wählten ihn die Hagener Bürger, nicht zuletzt in Erinnerung an seine großen Verdienste um diese Stadt, in den Bundestag. Steinhoff verstarb am 22. Oktober 1969, der Tag, an dem sein zweites Bundesmandat endete.



Fritz Steinhoff (1897–1969)

¹ Grabrede Kühns abgedruckt in: Zum Gedenken an Fritz Steinhoff – Dokumente und Meinungen, S. 21–24, S. 24, im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bonn.

² Eine wissenschaftliche Biografie über Fritz Steinhoff steht bislang aus. Lediglich zwei biografische Skizzen sind bisher entstanden:

1. Friedrich Keinemann, Fritz Steinhoff, Oberbürgermeister von Hagen und nordrhein-westfälischer Ministerpräsident. Umriss einer politischen Biographie, Hagen 1975.

2. Wolf Bierbach, Fritz Steinhoff, in: Walter Först, Aus dreißig Jahren. Rheinisch-Westfälische Politiker-Porträts, Köln 1979, S. 250–272.

Hinzu kommen ein paar kurze Aufsätze zu Einzelaspekten des politischen Wirkens Steinhoffs, die im Verlauf des Textes genannt werden.

Herkunft und Jugend

Fritz Steinhoff wurde am 23. November 1897 als zweites von elf Kindern in Wickede, heute Dortmund-Wickede, geboren.³ Die wirtschaftliche Situation der Familie war überaus schlecht, da Steinhoffs Vater Heinrich schon früh an der Bergarbeiterkrankheit „Augenzittern“ erkrankt war und nur noch eingeschränkt arbeiten konnte.⁴ Deshalb verließ Steinhoff, trotz recht guter Leistungen, im April 1912 die Volksschule in Niedermassen⁵ und arbeitete in den nächsten drei Jahren bei einem Bauern als Ackerknecht.⁶ Anschließend folgte er dem beruflichen Vorbild seines Vaters, als er im Mai 1915 Bergmann wurde. Bis März 1917 arbeitete er ununterbrochen in der Massener Zeche 164⁷, was er später als die trostloseste Zeit seines Lebens empfunden haben soll.⁸ Im Frühjahr 1917 erhielt Steinhoff den Einberufungsbefehl zur kaiserlichen Marine, wo er unter anderem als Heizer auf dem Torpedoboot „V1“ eingesetzt wurde.⁹ Steinhoffs Zeit bei der Marine scheint der Ausgangspunkt für seine Politisierung gewesen zu sein. Schon bald nach seiner Rückkehr in die Heimat im Jahr 1919 wurde er politisch aktiv.

Politische Prägung und Weiterbildung

Steinhoff trat der SPD bei und wurde Mitglied sowohl in der sozialistischen Arbeiterjugend als auch im Deutschen Bergarbeiterverband. Besonders bedeutend für seine spätere Entwicklung war der Kontakt zu dem „Hofgeismarer Kreis“, einer im SPD-Bezirk Westliches Westfalen besonders stark vertretenen Gruppe innerhalb der Jungsozialisten.¹⁰ Obwohl Steinhoff niemals dem Führungszirkel dieser Gruppe angehörte, scheinen ihn deren Ideale nachhaltig geprägt zu haben. Diese Ideale lassen sich aufgrund ihres „in mancher Hinsicht irrationalen Charakters“¹¹ nur schwer beschreiben. Offenbar wurde ihre Mehrheit jedoch von sozial-romantischen, teils nationalen Ideen, die sie auf jeden Fall in Gegensatz zum links-orthodoxen „Hannover-Kreis“ der Jungsozialisten brachten, geleitet.¹² Vermutlich war dieser Kontakt Steinhoffs ein Grund

³ Vgl. Detlef Markmann, Der Bestand des Hagener Stadtarchivs. Eine Materialsammlung zu Fritz Steinhoff mit biographischer Zeitleiste, April 1990, S. 27, im Hagener Stadtarchiv „Bestand Steinhoff“.

⁴ Vgl. Carl L. Guggomos, Der Kumpel in der Mannschaft. Fritz Steinhoff - der Vertrauensmann des Reviers, in: Vorwärts, vom 19. 7. 1961.

⁵ Vgl. Schulverzeichnis und Zeugnis von 1912 im Stadtarchiv Hagen, Bestand Steinhoff.

⁶ Vgl. Keinemann, Fritz Steinhoff (wie Anm. 2), S. 1.

⁷ Alle zeitlichen Angaben hinsichtlich seiner Beschäftigung als Bergarbeiter beziehen sich auf die Quittungskarte der Bundesknappschaft, Nr. 20050. Kopie im „Bestand Steinhoff“ des Hagener Stadtarchivs.

⁸ So Grischa Barfuss, Ministerpräsident Steinhoff, herausgegeben von der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle des Landes Nordrhein-Westfalen, 1958.

⁹ Ebd., S. 6.

¹⁰ Benannt nach einem Tagungsort dieser Gruppe. Vgl.: Uwe Schledorn, Fritz Steinhoff in den 20er Jahren, in: Heimatbuch Hagen und Mark, 35. Jahrgang 1995, S. 234–239, hier S. 234.

¹¹ Keinemann, Fritz Steinhoff (wie Anm. 2), S. 2.

¹² Vgl. Wolf Bierbach, Fritz Steinhoff - Kärner in der Bauhütte eines humanen, freien, sozialen Staatswesens, in: Bernd Faulenbach/Günther Högl (Hg.), Eine Partei in ihrer Region. Zur Geschichte der SPD im Westlichen Westfalen, Essen 1988, S. 192–197, hier S. 193.

dafür, dass er später eher auf dem „rechten“ Flügel der SPD beheimatet war. Ein weiteres wesentliches Merkmal der „Hofgeismarer“ war ihr Bildungsdrang, mit dem sie ihre soziale Benachteiligung zu kompensieren suchten. Deshalb ist anzunehmen, dass Steinhoff nicht zuletzt durch seine Verbindungen zu den „Hofgeismarern“ Anfang der 20er-Jahre zahlreiche Angebote zur Weiterbildung nutzte, die seine spätere politische Karriere erst ermöglichten.

Die erste Etappe war Steinhoffs Besuch der Heimvolkshochschule Dreißigacker in Thüringen Mitte 1922. Später berichtete Steinhoff über diesen Aufenthalt, dass „das halbe Jahr dort in der Gesamtentwicklung fruchtbar und bedeutsam“ gewesen sei. Zudem hätten sich „in dieser Schule junge Menschen aller politischen Schattierungen“ getroffen, und „kritisches Denken“ der Schüler sei besonders gefördert worden.¹³ Hier wurde ein Grundstein für sein späteres Politikverständnis gelegt. Nicht zuletzt durch seinen Aufenthalt in Dreißigacker wurde er zu einem konsensorientierten Politiker.

Die nächste Möglichkeit zur Weiterbildung bot sich Steinhoff ein knappes Jahr später. Mit finanzieller Unterstützung des Bergarbeiterverbandes begann er 1923 ein einjähriges Studium an der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main. Besonders die Vorlesungen des Arbeitsrechtlers Hugo Sinzheimer und des Soziologen und Philosophen Franz Oppenheimer erweiterten den Horizont Steinhoffs beträchtlich.¹⁴ Nach einer kurzen Phase der Wanderschaft durch Süddeutschland ging Steinhoff 1925 an die Deutsche Hochschule für Politik in Berlin. Hier prägten ihn vor allem die Vorlesungen von Theodor Heuss. Nach Einschätzung der ehemaligen Bundestagsvizepräsidentin Liselotte Funcke vertiefte sich durch diese Begegnung mit Heuss seine Bereitschaft zu liberaler Toleranz erheblich und bildete die ideologische Basis für die spätere Koalition mit der FDP.¹⁵ Zudem besuchte Steinhoff zahlreiche Reichstagsitzungen, was entscheidend dazu beitrug, dass sich seine politischen Interessen immer stärker „vom Theoretischen ins Praktische“¹⁶ verlagerten.

Vermutlich durch die Unterstützung des Vorsitzenden des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Franz Klupsch, erhielt Steinhoff 1926 ein Volontariat bei der „Westfälischen Allgemeinen Volkszeitung“, der Tageszeitung der Dortmunder SPD. Nach dem Abschluss des Volontariats arbeitete Steinhoff bis Ende 1927 im Verlag dieser Zeitung. Hier endete sein „zweiter Bildungsweg“, Anfang Januar 1928 wurde er SPD-Sekretär im Unterbezirk Hagen-Schwelm und Lüdenscheid-Altena.

Erste kommunalpolitische Aufgaben

Die Voraussetzungen in Hagen waren für Steinhoff nicht einfach. Zum einen war die Hagener Arbeiterschaft mehrheitlich radikal linksorientiert, was Mitte der 20er Jahre zeitweise zu einstelligen Wahlergebnissen der SPD führte.¹⁷ Zum anderen war auch der Großteil der Mitglieder

¹³ Alle Aussagen Steinhoffs zitiert nach Barfuss (wie Anm. 8), S. 9.

¹⁴ Siehe: Schledorn, Steinhoff in den 20er Jahren, S. 236. Vgl. Barfuss (wie Anm. 8), S. 12.

¹⁵ Nach Keinemann, Fritz Steinhoff (wie Anm. 2), S. 3, der ein Interview mit Liselotte Funcke führte.

¹⁶ Barfuss (wie Anm. 8), S. 13.

¹⁷ Vgl. Uwe Geitz/Uwe Schledorn, Der Freiheit eine Gasse – Kleine Geschichte der Hagener Arbeiterbewegung, Hagen 1985, S. 85ff.

der Hagener SPD dem linken Flügel der Partei zuzurechnen. Damit standen sie in deutlichem Gegensatz zu Steinhoff und dem SPD-Bezirk Westliches Westfalen mit ihrem Vorsitzenden Franz Klupsch, die eher dem rechten Parteiflügel zuzuordnen waren. Trotz dieser Schwierigkeiten konnte Steinhoff schnell Erfolge verzeichnen. So war es vor allem seiner Vermittlung zu verdanken, dass sich der Unterbezirk Hagen in der „Panzerkreuzer-Krise“ 1928 nicht spaltete.¹⁸ Durch den überraschenden Wahlerfolg der SPD bei der Stadtverordnetenwahl im November 1929 konnte eine Koalition mit dem Zentrum erreicht werden. Steinhoffs Anteil an dem Zustandekommen dieser Koalition ist in der Forschung umstritten. Dass er beteiligt war, steht außer Frage, in welchem Umfang kann heute nicht mehr zweifelsfrei geklärt werden.¹⁹

Ab Dezember 1929 bekleidete Steinhoff sein erstes öffentliches Amt. Er wurde unbesoldeter Stadtrat für Sport, Jugendpflege und Stadtgärtnereien. Mit Beginn der 30er-Jahre wurde die Agitation gegen politische Gegner immer mehr zur Hauptaufgabe Steinhoffs. So organisierte er laut der Hagener Tageszeitung „Volksstimme“ zwischen 1930 und 1933 mehrere Großdemonstrationen gegen die immer stärker werdenden Nationalsozialisten. Aber auch die KPD blieb von Steinhoffs Polemik nicht verschont. So warf er ihr beispielsweise vor, ihre Hauptaufgabe darin zu sehen, „Folie für die russische Staatspolitik“ zu sein.²⁰

Verfolgung und Widerstand im Nationalsozialismus

Mit der Machtübernahme der NSDAP endete seine erste kommunalpolitische Karriere. Die SPD wurde verboten, Steinhoff aus seinem Amt entlassen. Um seinen Lebensunterhalt und den seiner Frau – am 25. November 1933 heiratete er die Iserlohrnerin Käthe Brakel – sichern zu können, arbeitete Steinhoff u. a. in verschiedenen Vertreterberufen und als Ofenreiniger. Schon bald wurden bei ihm erste Hausdurchsuchungen durchgeführt und im Mai 1933 wurde er zum ersten Mal für drei Tage in „Schutzhaft“ genommen.²¹ 1934 wurde Steinhoff im Widerstand aktiv. Seine Hauptaufgabe war im Wesentlichen die Verbreitung verbotener Schriften der SPD, deren Führung sich im Exil in der Tschechoslowakei befand.²² Ob Steinhoff auch über das Jahr 1934 hinaus im Widerstand aktiv war, ist unbekannt.²³ Erst im Januar 1938 wurde Steinhoff für seine systemkritischen Aktivitäten verhaftet. Nach schweren Misshandlungen durch die Gestapo auf der berüchtigten Dortmunder Steinwache, verurteilte ihn das Oberlandesgericht Hamm „wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ zu drei Jahren Zuchthaus sowie dreijähriger Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.²⁴ Nach seiner Haftentlassung Anfang 1941 fand

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Keinemann, Fritz Steinhoff (wie Anm.2), S. 4 und Guggomos in seinem „Vorwärts“-Artikel sehen in Steinhoff gar den alleinigen Urheber der Koalition, was aufgrund seiner kurzen Zeit in Hagen allerdings zumindest fraglich erscheint.

²⁰ Uwe Schledorn, Vom Parteisekretär zum Widerstandskämpfer - Die Hagener Frühzeit von Fritz Steinhoff 1928–1933, in: Peter Brandt/ Beate Hobein (Hg.), 1746/1996: Beiträge zur Geschichte der Stadt Hagen, Hagen 1996, S. 177–190, hier S. 182.

²¹ Vgl. Urteil des 2. Strafsenats des Oberlandesgerichts Hamm (Westf) vom 23.08.1938, S. 3. Im Stadtarchiv Hagen, „Bestand Steinhoff“. Hier wird der fünf Jahre zurückliegende Sachverhalt exakt geschildert.

²² Ebd.

²³ Quellen, die eine solche Tätigkeit belegen würden, fehlen.

Steinhoff eine Anstellung als Hilfsdreher bei der Christophery GmbH in Iserlohn. Im Zuge der durch das Hitler-Attentat ausgelösten Verhaftungswelle wurde er im August 1944 in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt. Für eine illegale Betätigung zwischen 1941 und 1944 gibt es keinerlei Hinweise. Erst im Mai 1945 befreiten amerikanische Truppen Steinhoff bei einem Evakuierungsmarsch in Mecklenburg.²⁵ Ein chronisches Magenleiden war die Spätfolge der im Zuchthaus und im KZ erlittenen Torturen.²⁶

Hagener Oberbürgermeister 1946 – 1956

Schon kurz nach Kriegsende engagierte Steinhoff sich im politischen Wiederaufbau. Im Winter 1945 erhielt er von seinen ehemaligen Hagener Parteifreunden das Angebot, dort SPD-Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters zu werden, was als Ausgangspunkt seiner späteren politischen Karriere bezeichnet werden kann.²⁷ Anfang 1946 wurde den Alliierten von der Stadtvertretung Steinhoff mit deutlicher Mehrheit als Oberbürgermeister vorgeschlagen. Aufgrund seiner Vita wurde dies sofort akzeptiert. Mitte Oktober 1946 fanden in Hagen die ersten freien Gemeindewahlen statt. Jetzt zeigte sich das große Vertrauen, dass Steinhoff noch aus Weimarer Zeiten hier genoss. Trotz des überraschenden Wahlsiegs der CDU, sprachen sich die Stadtverordneten für Steinhoff als Oberbürgermeister aus.

Seine vordringlichste Aufgabe in Hagen war der Wiederaufbau der zerstörten Stadt. Dass dieser Wiederaufbau schneller gelang als in vielen anderen deutschen Großstädten, ist rückblickend vielleicht als seine eindrucksvollste politische Leistung zu werten. Steinhoffs pragmatische Art Politik zu betreiben und seine große Konsensfähigkeit führten zu einer sehr schnellen Durchsetzung der erforderlichen Maßnahmen. Die politischen Entscheidungen fielen dabei vorwiegend im informellen Raum. Kurz vor seinem Tod berichtete Steinhoff, wie diese Entscheidungen zustande kamen: „Da sind meist beim Glas Bier und Doppelwacholder die verzwicktesten Probleme zur Sprache gekommen. [...] Der eine gab etwas nach, der andere kam ihm etwas entgegen. Und alle sorgten dafür, dass keiner sein Gesicht verlor.“²⁸ Wie sich später zeigte, war diese Form der Politik durchaus erfolgreich. Als Steinhoff 1956 aus dem Amt ausschied, waren die meisten Kriegsschäden beseitigt.²⁹

Neben seiner politischen Tätigkeit fungierte Steinhoff in zahlreichen Hagener Unternehmen als Vorsitzender des Aufsichtsrats.³⁰ Die dadurch erworbenen Einblicke in die wirtschaftlichen Abläufe und Notwendigkeiten jener Zeit ließen ihn sicherlich noch mehr zu praxisorientierter Politik tendieren.

²⁴ Urteil des 2. Strafsenats des Oberlandesgerichts Hamm (Westf) vom 23.08.1938, S. 3.

²⁵ Vgl. Keinemann, Fritz Steinhoff (wie Anm. 2), S. 8.

²⁶ Vgl. Bierbach, Fritz Steinhoff (wie Anm. 2), S. 255.

²⁷ Vgl. Markmann (wie Anm. 3), S. 38.

²⁸ Horst Kniese, Fritz Steinhoff: Zu seinem 100. Geburtstag, in: Heimatbuch Hagen und Mark, 38. Jahrgang 1997, S. 33–44, hier S. 39.

²⁹ Ebd.

³⁰ u. a. beim Hagener Energieversorger „Elektromark“, beim Klöckner-Hüttenwerk Hagen-Haspe und bei der Hagener Versorgungs- und Verkehrs GmbH. Zudem war er später Herausgeber der „Westfälischen Rundschau“. Vgl. Kniese (wie Anm. 28), S. 39

Steinhoffs politischer Aufstieg auf regionaler Ebene

Zeitgleich zu Steinhoffs Wirken in Hagen als Oberbürgermeister setzte schon kurz nach dem Krieg sein rascher Aufstieg auf landespolitischer Ebene ein, der erst mit seiner Wahl zum Ministerpräsidenten 1956 seinen Höhepunkt erreichte.

Die erste innerparteilich besonders wichtige Stellung, die Steinhoff schon Ende 1945 erreichte, war der stellvertretende Vorsitz des SPD-Bezirks Westliches Westfalen. Dass diese Position sich als Sprungbrett seiner Karriere erweisen sollte, hatte zwei Gründe. Zum einen waren die Bezirke in der Reorganisationsphase der Partei für die Sozialdemokraten ein „tragendes Element der Parteiorganisation“³¹, ein Landesverband existierte nicht.³² Zum anderen war der Bezirk Westliches Westfalen auch noch der mit Abstand größte in Nordrhein-Westfalen, was seine Bedeutung noch beträchtlich steigerte.³³

Steinhoff konnte diese wichtige Position allerdings nur durch die Unterstützung seines Fürsprechers Fritz Henßler so schnell erreichen. Er kannte den elf Jahre älteren, unumstrittenen Führer der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten bereits seit seiner Zeit bei der „Westfälischen Rundschau“. Spätestens während ihrer gemeinsamen Leidenszeit in Sachsenhausen entwickelte sich ein freundschaftliches Vertrauensverhältnis.³⁴ In ihm hatte Steinhoff einen überaus einflussreichen Fürsprecher, der ihn bis zu seinem Tod 1953 immer wieder protegierte.

Bereits 1946 war Steinhoff Mitglied des Landtags geworden. Doch stand er hier zunächst im Schatten anderer Sozialdemokraten wie etwa Ernst Gnos, Erik Nölting, Walter Menzel und natürlich Fritz Henßler.³⁵ Das änderte sich um die Jahreswende 1948/49. Der damalige nordrhein-westfälische Wiederaufbauminister Ernst Gnos war an einem Lungenleiden erkrankt, sodass dieses Amt neu besetzt werden musste. Durch die erneute Fürsprache Henßlers wurde Steinhoff Gnos' Nachfolger. Trotz seiner relativ kurzen Amtszeit von nur knapp 20 Monaten konnte er einige wichtige Gesetze auf den Weg bringen und so die „gesetzliche Klärung des Wiederaufbaus“³⁶ einleiten. Als das wichtigste Gesetz bezeichnete Steinhoff im Rückblick das Aufbaugesetz, das eine unbürokratische Neuordnung der Fläche von Städten und Gemeinden ermöglichte und so langjährige Enteignungsprozesse vermied.³⁷ Als seine Amtszeit Ende Juli 1950, da die SPD dem zweiten Kabinett Arnold nicht mehr angehörte, endete, konnte Steinhoff zudem darauf verweisen, dass während seiner Zeit als Wiederaufbauminister 125.000 Wohnungen neu entstanden und die Finanzierung von 60.000 weiteren gesichert war.³⁸

³¹ Dieter Düding, *Zwischen Tradition und Innovation – Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946–1966*, Bonn 1995, S. 22.

³² Ebd. Mit ausführlichen Erläuterungen zur Organisationsstruktur der SPD.

³³ Vgl. Düding (wie Anm. 31), S. 29.

³⁴ Vgl. Keinemann, Fritz Steinhoff (wie Anm. 2), S. 11.

³⁵ Kurzbiographien der zuvor genannten finden sich in: *Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen* (Hg.), *50 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen – Das Land und seine Abgeordneten*, Schriften des Landtags Nordrhein-Westfalen, Band 9, Düsseldorf 1996.

³⁶ Keinemann, Fritz Steinhoff (wie Anm. 2), S. 15.

³⁷ Den genauen Inhalt sowie die Ausarbeitung des Gesetzes beschreibt Steinhoff in einem WDR-Interview vom 14. Oktober 1966. Abschrift in: *Biographisches Kompendium „Fritz Steinhoff“*, lfd. Nr. 767, Archiv des Landtags, Düsseldorf.

³⁸ Vgl. Bierbach, Fritz Steinhoff (wie Anm. 2), S. 258.

Nach diesem Intermezzo als Regierungsmitglied kehrte Steinhoff zunächst wieder in die Landtagsfraktion zurück. Zwei Faktoren begünstigten seinen weiteren Aufstieg innerhalb dieser Fraktion. Einerseits hatte er durch seine Arbeit als Wiederaufbauminister deutlich an Renommee bei seinen Parteikollegen gewonnen, was ihm die Wahl zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden einbrachte. Andererseits erwies es sich für ihn als Vorteil, dass die SPD sich in NRW in der Opposition befand. Viele angesehene Landespolitiker, wie etwa Heinz Kühn oder Walter Menzel, wandten sich deshalb immer mehr der Bundespolitik zu. Als Henßler Anfang Dezember 1953 verstarb, war der Weg für Steinhoff frei, und er wurde einstimmig zu seinem Nachfolger gewählt. Entscheidend ist hierbei die Tatsache, dass er zudem auch den Vorsitz des Bezirks Westliches Westfalen übernahm, da er somit die stärkste „Hausmacht“ auf seiner Seite hatte.

Folglich wurde Steinhoff auch Spitzenkandidat für die Landtagswahlen im Juni 1954. Das Ergebnis dieser Wahlen war für die SPD, trotz eines leichten Stimmengewinns, ernüchternd. Die CDU war die stärkste Fraktion geworden und konnte mit dem Zentrum und der FDP eine bürgerliche Regierungskoalition bilden. Zwar hatten CDU und SPD Koalitionsverhandlungen geführt, die aber letztlich wohl an unterschiedlichen Auffassungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und dem Veto Adenauers scheiterten.³⁹ Folglich blieb für die SPD und Steinhoff nur der erneute Gang in die Opposition. Zu diesem Zeitpunkt, Mitte 1954, rechnete wohl niemand damit, dass er binnen eines Zeitraumes von weniger als zwei Jahren doch noch Ministerpräsident werden würde.

Auf dem Weg zur Ministerpräsidentschaft

Die Wende in Düsseldorf hatte ihren Ausgangspunkt in Bonn. Seit 1953 verschlechterte sich das Klima in der dortigen Regierungskoalition langsam aber stetig, wobei der zentrale Konflikt die unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich der Außenpolitik waren.⁴⁰ Während Adenauer gegenüber der Sowjetunion eine „Politik der Stärke“ betrieb, sahen immer größere Teile der Liberalen durch diese, ihrer Meinung nach zu einseitige, Westintegration das Ziel der nationalen Einheit gefährdet.⁴¹ Ende 1955 erreichte die Krise ihren Höhepunkt. Nach mehreren scharfen Attacken Thomas Dehlers gegen Adenauers Politik stellte dieser, um die FDP zu disziplinieren, die Einführung des „Grabenwahlsystems“ in Aussicht. Dieses Mehrheitswahlrecht hätte zu einer Marginalisierung der FDP geführt, sie wäre „in den Graben gefallen“.⁴²

³⁹ Vgl. Friedrich Keinemann, Von Arnold zu Steinhoff und Meyers, Münster 1973, S. 65ff.

⁴⁰ Vgl. Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation – Deutsche Geschichte 1955–1970, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1997.

⁴¹ Besonders zur außenpolitischen Konzeption Adenauers siehe: Manfred Görtemaker, Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2003, S. 117–137.

⁴² Siehe dazu auch: Wolfgang Rudzio, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 4. Auflage, Opladen 1996, S. 183 mit weiterführenden Literaturhinweisen zu dieser Thematik.

Nun ergriff Wolfgang Döring, der Wortführer jener reformorientierten nordrhein-westfälischen Liberalen, die man später „Jungtürken“ nennen sollte, die Initiative.⁴³ Um die Jahreswende bot er Steinhoff die Bildung einer „Notwehr-Koalition“ an. Diesem und der großen Mehrheit der SPD war der Gedanke einer Koalition mit der FDP aber noch fremd, und so boten sie ihrerseits Arnold Koalitionsgespräche an. Erst als dieser ablehnte, und die CDU ihre Drohung gegenüber der FDP aufrecht hielt, kamen Sozialdemokraten und Liberale einander näher. Ende Januar 1956 beschloss die Landtagsfraktion der FDP einstimmig, mit der SPD Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. Ein gleichartiger, ebenso einstimmiger, Beschluss der SPD folgte eine Woche später. Nicht zuletzt aufgrund eines großzügigen Angebots der SPD⁴⁴ konnten die Koalitionsverhandlungen schnell zum Abschluss gebracht werden. Durch den ersten erfolgreichen Misstrauensantrag in der Geschichte der Bundesrepublik wurde Steinhoff am 20. Februar 1956 zum nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten gewählt.

Die Ministerpräsidentschaft Steinhoffs

Die Reaktionen der Presse auf den Regierungswechsel waren verheerend. Vor allem das westliche Ausland war besorgt, der englische „Evening Standard“ sah gar eine deutsch-russische Allianz wahrscheinlicher werden.⁴⁵ Diesen Vorbehalten gegenüber dem neuen Kabinett Steinhoff/Weyer⁴⁶ widersprach Steinhoff schon in seiner Regierungserklärung, in der er zudem die Zielsetzungen seiner Regierung formulierte. So versprach er zum Beispiel Verbesserungen in der Sozialpolitik, eine bessere finanzielle Ausstattung der Gemeinden sowie intensivere Bemühungen um die Bildungs- und Forschungspolitik.⁴⁷

Am Ende ihrer Amtszeit konnte die sozialliberale Regierung einige unbestreitbare Erfolge vorweisen.⁴⁸ In den Jahren 1956/57 konnten rund 358.000 Wohnungen fertig gestellt werden.⁴⁹ Mit der katholischen Kirche konnte ein Vertrag über die Neugründung des Bistums Essen („Ruhrbistum“) geschlossen werden. Weitere Verträge mit der evangelischen Kirche untermauerten, dass

⁴³ Die nun folgenden Verhandlungen zwischen CDU, SPD, FDP und Zentrum bis zur Wahl Steinhoffs können hier nur kurz wiedergegeben werden. Ausführliche Darstellungen bieten vor allem: Friedrich Keinemann, Der 20. Februar 1956 aus der Sicht der Forschung, in: Geschichte im Westen – Halbjahres-Zeitschrift für Landes- und Zeitgeschichte, Jahrgang 11, Heft 1, 1996, S. 91–107 sowie Wolfram Dorn, Der Regierungssturz in Düsseldorf im Rückblick eines ehemaligen Jungtürken, in: Geschichte im Westen – Halbjahres-Zeitschrift für Landes- und Zeitgeschichte, Jahrgang 11, Heft 1, 1996, S. 107–114.

⁴⁴ Die SPD bot der FDP ebenso viele Ministerposten an, wie ihr zugeordnet waren, nämlich vier.

⁴⁵ Zu den Pressereaktionen siehe: Keinemann, Von Arnold zu Steinhoff (wie Anm. 38), S. 128ff.

⁴⁶ Willi Weyer (FDP) war stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister im Kabinett Steinhoff. Steinhoff und Weyer kannten sich schon aus Hagener Zeiten. Darin ist wohl auch ein Hauptgrund für die reibungslosen Abläufe innerhalb der Koalition zu sehen.

⁴⁷ Vgl. Regierungserklärung Steinhoffs, 3. Wahlperiode, 34. Sitzung am 29. Februar 1956, Signatur 3/34, 1043C–1051D, in: Biographisches Compendium „Fritz Steinhoff“, lfd. Nr. 767.

⁴⁸ Zu den Erfolgen der Regierung Steinhoff siehe die ausführliche Einleitung zu: Volker Ackermann, Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen – Reihe K: Kabinettsakten, Band 3, herausgegeben von Kurt Düwell und Ottfried Dascher, Siegburg 1997.

⁴⁹ Vgl. Keinemann, Von Arnold zu Steinhoff (wie Anm. 38), S. 153.

die Regierung Steinhoff nicht, wie vorher von ihren politischen Gegnern befürchtet, als „Kulturkampf-Kabinett“ in die Geschichte eingehen wollte. Ein weiterer, spektakulärer Schritt war die Verabschiedung des Landesatomgesetzes im Januar 1958, was die Errichtung der Atomforschungsanlage in Jülich zur Folge hatte. Schließlich trat 1958 das Gemeindefinanzierungsgesetz in Kraft, das den Kommunen eine bessere Planungssicherheit verschaffte.

Wie sich an dieser Auflistung erkennen lässt, konnte die Regierung in einigen Bereichen durchaus Zeichen setzen.⁵⁰ Trotzdem kam es zu keiner Wiederauflage der Koalition. Die Landtagswahlen am 6. Juli 1958 beendeten die Ministerpräsidentenschaft Steinhoffs, die CDU erreichte die absolute Mehrheit.

Im Wesentlichen sind drei Gründe für diesen Misserfolg anzuführen, nämlich der für die SPD ungünstige Bundestrend, eine falsche Wahlkampfstrategie und die mangelnde Unverwechselbarkeit der Leistungen der sozialliberalen Regierung. Die bundespolitische Entwicklung der Jahre 1957/58 war durch einen deutlichen Aufwärtstrend zugunsten der CDU geprägt. Bereits bei der Bundestagswahl 1957 hatte die CDU die absolute Mehrheit erringen können. Für die Mehrheit der Bevölkerung waren Sicherheit und Stabilität, zumal angesichts des nicht lange zurückliegenden sowjetischen Einmarsches in Ungarn, die entscheidenden Wahlargumente. Diese Sicherheit wurde von Adenauer beziehungsweise der CDU verkörpert. Trotzdem entschloss sich Steinhoff, auf Drängen des Bundesvorstandes, bundespolitische Themen in das Zentrum der Wahlkampfkampagne zu rücken. Die Wahl vom 6. Juli wurde zu einer Art Volksentscheid über die Wehr- und Außenpolitik und insbesondere die Atompolitik („Kampf dem Atomtod“) stilisiert. Dadurch wurden landespolitische Themen stark in den Hintergrund gedrängt. Wie der Ausgang der Wahl zeigte, war dies ein „hochkarätiger wahlstrategischer Fehler“ und „eine schlimme Fehleinschätzung des Wählerwillens“.⁵¹ Die SPD verkannte, dass die Kompetenz in diesem Politikfeld eindeutig bei der CDU lag. Doch selbst wenn die eigenen Erfolge stärker betont worden wären, hätte es wohl nicht zu einer Neuaufgabe des Kabinetts Steinhoff/Weyer gereicht. Erfolge in der Wohnungsbau- oder Kulturpolitik eigneten sich nicht als „Zugpferde“, mit denen man Wahlen gewinnen konnte.

Kontinuierlicher Machtverlust

Die Zeit nach Steinhoffs Abwahl ist von seinem langsamen Einflussverlust innerhalb der SPD gekennzeichnet. Zunächst wurde er wiederum einstimmig in den Fraktionsvorsitz gewählt und war damit Oppositionsführer. Doch so gut Steinhoff als Hagener Oberbürgermeister oder Ministerpräsident war, so wenig eignete er sich jetzt als Oppositionsführer.⁵² Anstatt gegen die neue Regierung unter Meyers zu agitieren, suchte er, noch ganz im Stile eines Regierungschefs, den Konsens. War er schon in Hagen immer auf einvernehmliche Entscheidungen bedacht, so scheint es, als ob sich dieser Charakterzug mit zunehmendem Alter noch verstärkte. Zudem verschlechterte sich sein gesundheitlicher Zustand, wahrscheinlich aufgrund der in der KZ-Haft erlittenen Schäden, zusehends.

⁵⁰ Vgl. Düding (wie Anm. 31), S. 160.

⁵¹ Beide zitiert nach: Düding (wie Anm. 31), S. 161f.

⁵² Siehe dazu Düding (wie Anm. 31), S. 168. Vgl. Keinemann, Von Arnold zu Steinhoff (wie Anm. 38), S. 169.

Am deutlichsten wurde der Machtverlust Steinhoffs 1962. Für die SPD stellte sich die Frage, wer ihr Spitzenkandidat für die bevorstehende Landtagswahl werden sollte. Die Traditionalisten in der Fraktion befürworteten eine erneute Kandidatur Steinhoffs, während die reformorientierten Kräfte den neuen Fraktionsvorsitzenden Fritz Kassmann favorisierten.⁵³ Schließlich kam es auf der Landesdelegiertenkonferenz am 5. Mai 1962 zur Kampfabstimmung. Zunächst hatte Steinhoff auf seine Kandidatur verzichtet. Letztlich überredeten die Mitglieder des Bezirks Westliches-Westfalen, die die absolute Mehrheit auf der Konferenz hatten, doch noch ihren langjährigen Vorsitzenden, gegen Kassmann anzutreten. Diesem eindrucksvollen Vertrauensbeweis folgte jedoch kurze Zeit später Steinhoffs größte politische Enttäuschung. Mindestens 17 Delegierte „seines“ Bezirks verweigerten ihm die Gefolgschaft, was die Niederlage bei der Kampfabstimmung bedeutete.⁵⁴ Spätestens jetzt musste Steinhoff klar geworden sein, dass sich seine politische Karriere dem Ende zuneigte.

Zwei Erfolge konnte er trotzdem noch verzeichnen. Bereits 1961 hatte ihm der Bundesvorstand der SPD eine Bundestagskandidatur in Hagen angeboten. Nach längerem Zögern willigte er ein. Erneut zeigte sich sein großes Ansehen in Hagen. Mit deutlichem Vorsprung wurde er in den Bundestag gewählt und vier Jahre später sogar mit der absoluten Mehrheit wieder gewählt.⁵⁵ Jedoch kam er im Bundestag nie über ein „Hinterbänkler-Dasein“ hinaus. Das rauere politische Klima in Bonn war nicht seine Welt. Einem Pragmatiker wie ihm lag die Umgebung eines kleineren Gemeinwesens auf landes- oder kommunalpolitischer Ebene deutlich besser. In den Genuss des Letzteren kam er 1963 noch einmal. Kurzfristig musste die Position des Hagener Oberbürgermeisters neu besetzt werden. So kam Steinhoff für ungefähr ein Jahr erneut in das Amt, das seinen Fähigkeiten und Neigungen am ehesten entsprach. Für seine Verdienste um die Stadt Hagen wurde ihm 1967 die Ehrenbürgerwürde verliehen.

Fritz Steinhoff verstarb am 22. Oktober 1969. Heute erinnert ein 1989 auf dem Hagener Rathausplatz errichtetes Denkmal an den Mann, den Heinz Kühn auch als „Kärmer in der Bauhütte eines humanen, freien, sozialen Staatswesens“⁵⁶ bezeichnete.⁵⁷

⁵³ Zu diesen Vorgängen siehe ebenfalls die ausführlichen Schilderungen in: Düding (wie Anm. 31), S. 171ff. und Keinemann, Von Arnold zu Steinhoff (wie Anm. 38), S. 179ff.

⁵⁴ Kassmann akzeptierte schließlich seine Wahl nicht, da ihm der Vorsprung zu gering erschien. Letztlich wurde Heinz Kühn zum Spitzenkandidaten gekürt.

⁵⁵ Vgl. Keinemann, Fritz Steinhoff (wie Anm. 2), S. 38.

⁵⁶ Grabrede Kühns zitiert nach: Zum Gedenken an Fritz Steinhoff – Dokumente und Meinungen, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, ohne Jahr, S. 24, im AdSD.

⁵⁷ Neben der angegebenen Literatur wurden Bestände über Steinhoff in folgenden Archiven konsultiert: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn; Stadtarchiv Hagen; Archiv des nordrhein-westfälischen Landtags, Düsseldorf.